



Minutes of the RheingauMUN 2024

Am 04.12.2024 fand die erste *Model United Nations* (MUN) seit langer Zeit wieder am Rheingau-Gymnasium statt.

Eine MUN ist ein Planspiel, bei dem jede der Schülerinnen (generisches Femininum) die Rolle der Botschafterin eines Landes, das in der UNO vertreten ist, übernimmt. Es gibt verschiedene Formen der MUN, die quasi jede Institution der Vereinten Nationen als Planspielrahmen wählen kann (Generalversammlung, Weltsicherheitsrat, UNHCR etc.).

Ziel ist es, den Perspektivwechsel bei der Betrachtung von Konflikten allgemein, bei der Betrachtung des Konfliktes, der hier in den Mittelpunkt gerückt wird, zu trainieren. Das Ziel für die Schülerinnen ist es, eine mehrheitsfähige Resolution am Ende des Planspiels zu verabschieden.

Die RheingauMUN 2024 ist als Generalversammlungsdebatte durchgeführt worden. Hierbei wurde der tagesaktuelle Nahostkonflikt, der seit dem Terroranschlag der Hamas vom 07.10.23 stattfindende Krieg zwischen Israel und (vorrangig) der Hamas zum Ausgangspunkt genommen.

Anhand eines (halb-fiktiven, halb-realen) Resolutionsentwurfes sollen die Schülerinnen erst einmal sich anhand eines Country Sheets durch Recherchen über das Land, das sie repräsentieren sollen, informieren.

Danach recherchieren sie die Position ‚ihres Landes‘ zu dem im Resolutionsentwurf thematisierten Problemfeld.

Ihre Aufgabe ist es dann, eine Eingangsrede zu schreiben, in der sie die Position ihres Landes vor der Generalversammlung darstellen. Der reale, nur etwas gekürzte und um eine plakative, provokante Forderung ergänzte Resolution wurde von den Ländern vertreten, die auch in der Realität diesen Resolutionsentwurf eingebracht hatten.

MUN Research - Member State: _____

GEOGRAPHY <small>[Research: See CIA World Factbook, etc.]</small>			
Major Natural Resources <small>(Energy, agriculture, minerals, water, etc.)</small>		Neighbors:	Shared Resources & Conflicts? <small>(oilfields, fisheries, etc.)</small>
Geographical Neighbors <small>(Other countries' CI, SA, SA, etc., see map on next slide)</small>			
SOCIAL/DEMOGRAPHICS <small>[Research: See World CIA Factbook, etc.]</small>			
Population:	Population total:	Population density:	
Major Ethnic/Linguistic traditions(s) (Number & % of overall population):			
Major Religions & number of followers:			
ECONOMICS <small>[Research: See World CIA Factbook, etc.]</small>			
GDP:	CT U.S. GDP:	CT Germany GDP:	
GDP Per Capita (per person):	CT U.S. GDP Per Capita:	CT Germany GDP Per Capita:	
GDP Purchasing Power Parity:	CT GDP PPP:	CT Germany GDP PPP:	
Domestic Debt:	Debt owed by non-citizens/organizations?	% held domestically?	
Foreign Debt:	Debt to which countries?	How much do you owe them?	Does this influence your political international decisions?
Currency Name:	Name:	Value to Dollar:	Value to Euro:
Major Exports & Importers of your goods/services:	Year Major Exports <small>(Product/goods/services your country sells)</small>	Major Importers <small>(Which countries buy your products/goods/services?)</small>	
Major Imports & Exporters of goods/services you buy:	Year Major Imports <small>(Product/goods/services your country buys)</small>	Major Exports <small>(From whom does your country buy goods/services?)</small>	
Economic Partnership Treaties (WTO, FTCA, NAFTA, etc.)			
POLITICS <small>[Research: See CIA Factbook, Transparency International, Democracy Index, Freedom House, etc.]</small>			
Type of political system <small>(democracy, assembly, republic?)</small>			
State of political system? Brief history and stability of gov.?			
Key leader(s) of current government:			



Am Buffet konnten die Schülerinnen dann in Verhandlungen treten.

Dann gab es eine offene Aussprache, in der die Argumente von Angesicht zu Angesicht, durchaus Streitbar, ausgetauscht wurden.

In weiteren Buffetpausen wurde weiter gestritten und diskutiert, bis dann der Moment kam, bei dem die Botschafterinnen ihren Entwurf einreichen konnten.

Die Entwürfe wurden, wie es auch in Schulsatzung und allen anderen Satzungen geregelt ist, von den maximalinvasivsten zu den minimalinvasivsten zur Abstimmung gestellt.

Dies erfolgte durch ein sog. *roll-call-vote*, bei dem alle Botschafterinnen der Reihe nach aufgerufen wurden und entweder „agree“ oder „in favor“ für Zustimmung, „against“ oder „disagree“ für die Gegenstimme oder „abstain“ für Enthaltung sagen mussten. Die einfache Mehrheit obsiegt.

Wird eine einfache Mehrheit bei einem zuerst behandelten Resolutionsentwurf erzielt, finden – wie auch bei den o.g. Geschäftsordnungen – keine weiteren Abstimmungen statt, sondern die Versammlung endet mit dem Beschluss.



Vereinte Nationen  Generalversammlung	A/ES-10/L.31_RheingauMUN Verteilung: Begrenzt 04. Dezember 2024 Deutsch Original: Englisch
<hr/>	
<small>Zehnte Notstandssondersitzung Tagesordnungspunkt 5 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet</small>	
<small><u>Demokratische Volksrepublik Korea, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei:</u> Resolutionsentwurf</small>	
<small>Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Rechtsfolgen der Politik und des Vorgehens Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalem, und der Illegalität der anhaltenden Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet¹</small>	

Genau dies ist am 04.12.2024 geschehen. Der Vorschlag der arabischen Staaten fand keine Mehrheit, weil ein Vorschlag, getragen von das Vereinigte Königreich, Frankreich, USA, Ukraine, Kanada, Israel, Jamaika, Senegal, Argentinien, Uruguay, Ungarn und Finnland mit 14 Stimmen *agree* gegenüber

13 Stimmen *disagree* und 7 Stimmen *abstain* bereits eine Mehrheit fand. Die beschlossene Resolution gibt es am Ende des Artikels.



Am Ende waren aber alle wieder gute Freunde:



In einem [Videozuschnitt](#) lässt sich das Treiben auf der RheingauMUN 2024 gut nachverfolgen.

Im Nachgang zur RheingauMUN 2024 hat sich auf der Schulprogrammtagung am 09.12.24 die RheingauMUN AG gegründet, an der neben dem Elternvertreter auch zwei Schülerinnen aus der 8. Klasse teilnehmen. Die RheingauMUN AG soll zukünftig die RheingauMUNs organisieren. Mehr Informationen zur AG finden sich [hier](#).

Stand der Planung ist, dass die RheingauMUN 2025 Ende Juni 2025 und die folgenden, jährlichen RheingauMUNs dann immer Ende Januar stattfinden werden.

Dr. Kaufmann
,Generalsekretär'



Generalversammlung

Verteilung: Begrenzt
04. Dezember 2024

Deutsch
Original: Englisch

Zehnte Notstandssondertagung

Tagesordnungspunkt 5

Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Demokratische Volksrepublik Korea, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei:* Resolutionsentwurf

Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Rechtsfolgen der Politik und des Vorgehens Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, und der Illegalität der anhaltenden Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet¹

Die Generalversammlung,

geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht verankerten Zielen und Grundsätzen, einschließlich des unveräußerlichen Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und des Grundsatzes der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs,

unter Hinweis auf alle ihre einschlägigen Resolutionen, einschließlich der auf ihrer zehnten Notstandssondertagung verabschiedeten Resolutionen,

sowie unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere der Stellungnahme [S/PRST/2023/1](#) vom 20. Februar 2023,

betonend, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen nach Treu und Glauben zu erfüllen, einschließlich der Verpflichtung zur Annahme und Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats,

unter Hinweis auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024², in dem der Gerichtshof *unter anderem* bestimmte, dass:

- a) die anhaltende Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet rechtswidrig ist;
- b) Israel verpflichtet ist, seine rechtswidrige Präsenz in dem besetzten palästinensischen Gebiet so rasch wie möglich zu beenden;

* Änderungen der Liste der Einbringer werden im offiziellen Protokoll der Sitzung festgehalten.

¹ Die Bezeichnung „besetztes palästinensisches Gebiet“ im Text verweist immer auf das besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems.



c) Israel verpflichtet ist, alle neue Siedlungstätigkeiten ^{so bald wie möglich} unverzüglich einzustellen und alle Siedlerinnen und Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet zu evakuieren;

~~d) Israel verpflichtet ist, für die Schäden, die allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen in dem besetzten palästinensischen Gebiet entstanden sind, Wiedergutmachung zu leisten;~~

Israel verpflichtet sich, den Wiederaufbau des palästinensischen Gebietes zu unterstützen

e) alle Staaten verpflichtet sind, die durch die rechtswidrige Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet entstandene Lage nicht als rechtmäßig anzuerkennen und Hilfsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lage zu unterlassen, die durch die anhaltende Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet geschaffen wurde;

in Bekräftigung der Illegalität der israelischen Siedlungen und der damit zusammenhängenden Verordnungen sowie aller anderen Maßnahmen, die darauf abzielen, die demografische Zusammensetzung, den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem und des gesamten besetzten palästinensischen Gebiets zu ändern, und in dieser Hinsicht unter Ablehnung jeglichen Versuchs einer demografischen oder territorialen Veränderung des Gazastreifens, der einen wesentlichen Bestandteil des besetzten palästinensischen Gebiets darstellt,

1. *begrüßt* das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 über die Rechtsfolgen der Politik und des Vorgehens Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalem, und der Illegalität der anhaltenden Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet;
2. *verlangt*, dass Israel seine rechtswidrige Präsenz in dem besetzten palästinensischen Gebiet, die eine anhaltende rechtswidrige Handlung darstellt und seine völkerrechtliche Verantwortung nach sich zieht, unverzüglich zu beenden und dies spätestens zwölf Monate nach Verabschiedung dieser Resolution zu tun;
3. *verlangt*, dass Israel unverzüglich allen seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt, darunter die vom Internationalen Gerichtshof bestimmten Verpflichtungen, indem es unter anderem:
 - i) seine gesamten Streitkräfte aus dem besetzten palästinensischen Gebiet abzieht, einschließlich seines Luft- und Meeresraums;
 - ii) seine rechtswidrige Politik und sein rechtswidriges Vorgehen beendet, darunter die unverzügliche Einstellung jeglicher neuer Siedlungstätigkeit, die Evakuierung aller Siedlerinnen und Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet und die Aufhebung aller Gesetze und Maßnahmen, die die rechtswidrige Lage schaffen oder aufrechterhalten, einschließlich aller Maßnahmen, die gegen den historischen Status quo an den heiligen Stätten in Jerusalem verstoßen;
 - iii) Grund und Boden und anderes unbewegliches Vermögen sowie alle Vermögenswerte, die es seit Beginn seiner Besetzung 1967 von natürlichen oder juristischen Personen beschlagnahmt hat, zurückgibt;
 - iv) allen während der Besetzung vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinensern die Rückkehr an ihren ursprünglichen Wohnort gestattet;
 - v) unverzüglich den völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt, die in den entsprechenden Verfügungen des Internationalen Gerichtshofs zur Bezeichnung vorsorglicher Maßnahmen in der auf das Recht des palästinensischen Volkes im Gazastreifen auf Schutz vor allen Handlungen im Sinne der Artikel 2 und Artikel 3 der Konvention genannt wurden: Anklage betreffend die Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes¹ (*Südafrika gegen Israel*), Auslieferung von PM Netanyahu und Galant an den IstGH in Den Haag.
4. *fordert* alle Staaten, die Vereinten Nationen und ihre Sonder- und anderen Organisationen sowie die regionalen Organisationen *mit Nachdruck auf*, das palästinensische Volk im Hinblick auf die baldige

Verwirklichung seines Rechts auf Selbstbestimmung zu unterstützen und ihm dabei Hilfe zu gewähren und aktiv Schritte zur vollständigen Umsetzung des Gutachtens und zur vollständigen Durchführung aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen zu unternehmen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung innerhalb von ¹⁰ ~~drei~~ Monaten einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen, einschließlich über die von Israel, anderen Staaten und internationalen Organisationen, darunter die Vereinten Nationen, zur Durchführung der darin enthaltenen Bestimmungen unternommen Schritte oder dagegen begangene Verstöße;
6. *erinnert daran*, dass die Vereinten Nationen eine dauernde Verantwortung für die Palästina-Frage tragen, bis diese unter allen Aspekten im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen gelöst ist;
7. *beschließt*, die zehnte Notstandssondertagung der Generalversammlung vorläufig zu vertagen und die Präsidentschaft der jeweiligen Tagung der Generalversammlung zu ermächtigen, die Tagung auf Antrag von Mitgliedstaaten wiederaufzunehmen.

¹ Resolution 260 A (III), Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 729; LGBI. 1995 Nr. 45; öBGBI. Nr. 91/1958; AS 2002 260

8. Die UN-Soldaten gewährleisten die Sicherheit der Hilfskorridore und Hilfstransporte.
 9. Wir fordern die Freilassung aller Geiseln durch die Hamas.

Von: UK, Frankreich, USA, Ukraine, Kanada, Israel, ~~China~~, Jamaika, Senegal,
 Argentinien, URUGUAY, Ungarn, Finnland
~~10. China und Russland bieten sich als Vermittlerrolle an
 niederlande~~